

**D-03-NEU** Dringlichkeitsantrag: Ende des Tötens, Wege zum Frieden

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge  
Status: Zurückgezogen

## Antragstext

1 Die Angriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Die Hamas-Terroristen  
2 haben  
3 auf brutale Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240 Geiseln  
4 genommen. BÜNDNIS  
5 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terrorakt aufs Schärfste. Wir stehen nach diesen  
6 fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger\*innen. Wir trauern mit  
7 den  
8 Angehörigen der Opfer. Wir zollen allen Respekt, die in diesen schweren Stunden  
9 Menschen  
10 gerettet, Verwundete und Hinterbliebene betreut haben.

11 Die besondere Beziehung Deutschlands zu Israel muss vor dem Hintergrund des  
12 historischen  
13 Zivilisationsbruches, des staatlich organisierten und systematisch durchgeführten  
14 Mordes an  
15 sechs Millionen Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland, gesehen  
16 werden.  
17 Der Staat Israel wurde 1948, drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, gegründet  
18 und sein  
19 Existenzrecht ist für das Nachkriegsdeutschland deshalb ein wesentlicher Bestandteil  
20 der  
21 außenpolitischen Orientierung geworden, genauso wie das Diktum „Nie Wieder“, in  
22 dem Sinn,  
23 dass jüdisches Leben in Deutschland sicher sein muss. Denn dies gilt für unsere  
24 grundgesetzlich geschützten Werte, die natürlich für alle in Deutschland lebenden  
25 Menschen,  
26 unabhängig von ihrer religiösen und weltanschaulichen Orientierung, gelten.

## 16 **SICHERHEIT VERTEIDIGEN, VÖLKERRECHT BEACHTEN, MENSCHEN SCHÜTZEN**

17 Israel hat wie jeder andere Staat das in Artikel 51 der UN-Gründungscharta  
18 völkerrechtlich  
19 verbriefte Recht, sich gegen einen bewaffneten Angriff zu verteidigen, damit die  
20 Regierung  
21 ihrer Pflicht nachkommen kann, ihre Bürger\*innen dauerhaft zu schützen. Dabei  
22 müssen die  
23 übernommenen Selbstverteidigungsmaßnahmen in Rahmen, Umfang, Dauer und  
24 Intensität  
25 verhältnismäßig sein.

22 Unter dem Krieg zwischen Israel und der Hamas leidet vor allem auch die  
23 palästinensische  
24 Zivilbevölkerung, die völkerrechtswidrig von Wasser, Benzin, Strom,  
25 Nachrichtenverbindungen  
26 und Nahrungsmitteln sowie von medizinisch notwendigen Medikamenten und  
27 Materialien  
28 abgeschnitten wird, da die israelische Regierung Gaza abgeriegelt hat und alle  
29 Zugänge  
30 kontrolliert. Die Behinderung der Lieferung von Trinkwasser, Nahrungsmitteln,  
31 Medikamenten  
32 und Energie verstößt gegen das internationale Völkerrecht und muss beendet werden.  
33 Das Leid  
34 der Menschen in Gaza, die unter schwersten Bedingungen der Besatzung leben  
35 müssen, macht uns  
36 tief betroffen.

37 Die verschärfte Blockade des Gazastreifens muss beendet werden. Schwerkranke,  
38 Schwerverletzte, ältere Menschen, Neugeborene und traumatisierte Kinder und  
39 Jugendliche  
40 müssen schnellstmöglich in Krankenhäuser in das benachbarte Ausland überführt  
41 werden, weil  
42 die medizinische Versorgung in Gaza seit dem israelischen Angriff nicht mehr  
43 gewährleistet  
44 ist und somit die nächste humanitäre Katastrophe droht.

45 Wir stehen uneingeschränkt an der Seite der israelischen Bevölkerung. Jedoch stehen  
46 wir auch  
47 fest an der Seite der Zivilbevölkerung in Palästina. Wir fordern, dass die humanitäre  
48 Hilfe  
49 die notleidenden Menschen im Gaza-Streifen, die unter einem permanenten  
50 Kriegszustand  
51 leiden, erreicht. Dort gibt es für die 2.1 Millionen Einwohner\*innen, von denen mehr  
52 als die  
53 Hälfte jünger als 20 Jahre ist, keine sicheren Zufluchtsorte. Dafür sind ein humanitärer  
54 Waffenstillstand und sichere Korridore von entscheidender Bedeutung.

55 Die Hamas und andere extremistische Gruppen müssen sofort alle Geiseln freilassen  
56 und  
57 umgehend ihre Raketenangriffe einstellen.

58 Der Terrorangriff der Hamas entbindet Israel nicht, sich an die völkerrechtlichen Regeln  
59  
60 auch im Kriegsfall zu halten. Sicherheit muss es auch bedingungslos für die  
61 palästinensische  
62 Zivilbevölkerung, insbesondere für Frauen und Kinder geben. Angriffe auf  
63 Krankenhäuser sind  
64 nicht akzeptabel.

65 Wir fordern die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch alle  
66 Kriegsparteien,  
67 in Israel, im Gazastreifen und im Westjordanland.

49 Wir zollen Respekt den Freiwilligen, Mitarbeiter\*innen von Hilfsorganisationen, sowie  
50 Journalist\*innen, die bei ihrer Arbeit vor Ort ihr Leben riskieren. Wir gedenken der  
51 zahlreichen unschuldigen Opfer in deren Reihen.

## 52 **NACH DEM KRIEG**

53 Wir fordern eine UN-koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich  
54 auch  
55 die EU beteiligen soll. Dieser kann nur in einem gesicherten und stabilisierten Umfeld  
56 stattfinden.

56 Daher befürworten wir die Prüfung der Entsendung von UN-Friedenstruppen in den  
57 Gazastreifen  
58 und ins Westjordanland, um in enger Zusammenarbeit mit den palästinensischen  
59 Sicherheitsbehörden dauerhaft weitere Terroraktionen zu verhindern. Dazu  
60 unterstützen wir  
61 die Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Dies muss ein intensives  
62 Engagement zur Vertrauensbildung zwischen den israelischen und palästinensischen  
63 Bewohner\*innen umfassen, denn nur durch Respekt und Verbundenheit ist Frieden  
64 möglich.

62 Wir unterstützen eine dauerhafte Friedenslösung wie die Zweistaatenregelung auf  
63 Grundlage  
64 der „Oslo-Abkommen“, der nachfolgenden Abkommen und Vereinbarungen und der  
65 entsprechenden  
66 UN-Resolutionen.

65 Diese Friedensinitiative muss gegen alle extremistischen Gruppierungen auf beiden  
66 Seiten  
67 durchgesetzt werden. Dabei sind wir offen für alternative Friedenslösungen. In jedem  
68 Fall  
69 muss dauerhaft gewährleistet sein, dass Israelis und Palästinenser\*innen als  
70 gleichberechtigte Bürger\*innen in gesicherter Rechtsstaatlichkeit leben können. Wir  
71 sehen  
72 hier die deutsche Regierung in der Pflicht, initiativ zu werden.

70 Wir verurteilen die Besatzungspolitik der israelischen Regierung, welche die  
71 fortwährende  
72 rechtswidrige Landnahme durch jüdische Siedler\*innen unterstützt. Ebenso verurteilen  
73 wir die  
74 gewalttätigen Übergriffe der Rechtsextremen und der radikalen Siedler\*innen im  
75 Westjordanland. Diese Gewalt nimmt täglich mit zahlreichen Toten und Verletzten zu.

74 Wir fordern die amtierende Regierung Israels auf, diese Gewalttaten umgehend zu  
75 unterbinden  
76 und juristisch zu verfolgen, dazu gehören auch die dokumentierten Übergriffe des  
77 israelischen Militärs.

77 Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen  
78 Lage für  
79 einen erneuten Friedensprozess einzusetzen.

79 Wir unterstützen den UN-Generalsekretär, der zur Lösung des Konfliktes dazu aufruft,  
80 sich

80 mit dessen Ursachen kritisch und aus verschiedenen Perspektiven  
auseinanderzusetzen.

## 81 **GEFAHR EINES FLÄCHENBRANDES MUSS EINGEGRENZT WERDEN**

82 Wir unterstützen unsere Außenministerin in ihrem Bestreben auf die Regionalmächte  
und  
83 Milizen wie Hisbollah, die Huthi-Rebellen und andere regionale Extremisten, in den  
84 israelisch-palästinensischen Konflikt nicht militärisch einzugreifen und stattdessen auf  
85 eine Deeskalation hinzuwirken.

86 Ohne wirksame Friedensinitiativen droht eine Ausweitung des Konflikts mit Beteiligung  
des  
87 Iran und seiner Bündnispartner zu einem unkontrollierbaren Flächenbrand bis hin zum  
Einsatz  
88 von Atomwaffen und zu Angriffen auf Atomanlagen.

## 89 **WIR BEKÄMPFEN DEN ANTISEMITISMUS IN DEUTSCHLAND**

90 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte  
91 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Gleichzeitig  
werden  
92 Muslime und muslimische Einrichtungen angegriffen, weil sie unter Generalverdacht  
gestellt  
93 werden, sich antisemitisch zu verhalten. Antisemitismus in Deutschland ist vor allem  
dem  
94 rechten Lager zuzuschreiben. Wir verurteilen auf das Schärfste antijüdische  
Äußerungen und  
95 Übergriffe. Tätliche wie verbale Angriffe auf jüdische Einrichtungen in Deutschland und  
auf  
96 alle hier lebenden Jüdinnen und Juden sind völlig inakzeptabel.

97 Dies gilt ebenfalls für das vielfältige muslimisch geprägte Leben in Deutschland, das  
ein  
98 Teil dieser offenen Gesellschaft ist. Wir treten Antisemitismus, insbesondere der  
Gewalt  
99 gegen jüdische Menschen und Institutionen in Deutschland entschieden entgegen.  
Israelis  
100 müssen frei und sicher in Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion  
und  
101 Identität sichtbar zu machen. Kundgebungen, auf denen die Hamas verherrlicht und  
gefeiert  
102 wird, verstoßen gegen gültiges Recht und sind nicht duldbar. Wer aber meint, das  
Problem des  
103 Antisemitismus ließe sich einfach durch mehr Abschiebungen lösen, hat das Problem  
104 „Antisemitismus“ nicht verstanden. Wir brauchen Informationen, Aufklärung und  
Bildung gegen  
105 Antisemitismus. Die staatlichen Geldmittel und Förderprogramme dazu müssen stark  
erhöht  
106 werden.

- 107 Dabei achten wir darauf, die Pluralität jüdischer Stimmen anzuerkennen und  
wertzuschätzen.
- 108 Das Demonstrationsrecht der hier lebenden Palästinenser\*innen sowie das Recht auf  
109 Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung in den palästinensischen  
Gebieten
- 110 muss selbstverständlich gewährleistet sein. In Deutschland leben zahlreiche Menschen  
mit  
111 familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die palästinensischen  
Gebiete
- 112 und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen im Gaza-Streifen und der  
ganzen Region,  
113 ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land. Gewaltfreie politische  
Äußerungen,  
114 die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung beinhalten, gehören zur Ausübung  
der  
115 Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die für jede Demokratie grundlegend sind.
- 116 Wir stellen uns entschieden gegen Rassismus, Antisemitismus und Islamfeindlichkeit.  
Wir  
117 stehen immer an die Seite aller von Gewalt und Diskriminierung Betroffenen.

## **Begründung der Dringlichkeit**

Die weiteren Ereignisse nach Einstellen des D3 erforderten u.E. eine erneute Überarbeitung und Aktualisierung.

Verfahrenhinweis: Der Antrag kann u.E. sowohl als ÄA auf D3 (als Globalalternative), also D3Neu oder als neuer Dringlichkeitsantrag D4 gewertet werden, ersetzt aber auf jeden Fall D3, dieser wird nach Einstellung und Freischaltung zurückgezogen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **weitere Antragsteller\*innen**

Maria Regina Feckl (KV Erding); Martin Pilgram (KV Starnberg); Ramona Karatas (KV Recklinghausen); Gabriele Fürstenberg (KV Köln); David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Martin Forberg (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Tanja Achenbach (KV Berlin-Mitte); Zohra Mojadeddi (KV Hamburg-Wandsbek); Sümeyye Dogan (KV Hamburg-Bergedorf); Frauke Neumann-Silkow (KV Frankfurt); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Anna Katharina Boertz (KV Celle); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Rainer Albrecht (KV Heilbronn); Ralf Henze (KV Odenwald-Kraichgau); Kristin Kosche (KV Rhein-Lahn); Brigitte Kowalsky (KV Ludwigslust-Parchim); Joanna Kiliszek (KV Havelland); sowie 36 weitere Antragsteller\*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.